

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 21

Charlottenburg, Freitag, den 24. Mai 1912

Jahrg. 39

Sperren

Vollsperrungen: Ahlen (Herding & Mentrup.) Auma (Porzellanfabrik Auma G. m. b. H. und Berghaus). Hennigsdorf bei Berlin. Freiberg i. S. (Porzellanfabrik Kahla Akt.-Ges.). Hermsdorf (Porzellanfabrik Kahla Akt.-Ges.). Krummenabb. Mannheim (Rheinische Porzellanfabrik). Margarethenhütte (Schomburg & Söhne). Meuselwitz (Gentschel & Müller). Roßlau (Schomburg & Söhne). Selb (Ph. Rosenthal & Co.). Steinbach i. Th. (Göy & Heine). Teltow. Wiesau (Wolfram).

Halbsperrungen in Deutschland: Altwasser C. Tielsch & Co. Bonn (Mehlem). Cortendorf. Düsseldorf (Winning). Flörsheim a. M. Fürstenberg an der Wefer. Königszell. Langewiesen (Schlegelmilch). Oeslau (Göbel). Passau. Reichenbach (Schwabe & Co.). Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Schlierbach. Sörnewitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Belapatfalva (Prusintz). Buchau (Platz & Köfner). Eulau (Gebrüder Mehner). Gießhübl (Joh. Schuldes). Birkenhammer (Fischer & Mieg).

Gewerbliche Schiedsgerichte.

In der letzten Zeit ist der Gedanke, um den Ausbruch von schweren wirtschaftlichen Kämpfen zwischen den Arbeitern und Unternehmern zu vermeiden, gesetzlich geordnete Schiedsgerichte ein zu richten, immer von neuem erörtert worden. Darüber erschienen nun in der Parteipresse folgende Ausführungen:

In der letzten Zeit tauchten wiederholt Vorschläge auf, die Lohnkämpfe durch obligatorische Schiedsgerichte aus der Welt zu schaffen. Sozialreformer wie Berlepsch und Schmoller legen sich dafür ins Zeug und auch den Arbeitsämtern ist die Frage nach der Zweckmäßigkeit eines solchen Gesetzes vorgekommen. Dabei haben sich zumal die Vertreter der Unternehmer für, die der Arbeiter gegen diese Idee ausgesprochen, letztere mit der Begründung, daß eine Regierung, die den Streit der Ruhrbergleute mit Militärgewalt nieder schlug, kein Vertrauen von Seiten der Arbeiter beanspruchen kann. Praktisch ist damit die Sache schon erledigt; dieser Staatsgewalt mißtrauen wir, auch wo sie mit Geschenken kommt. Aber die Frage nach dem Wert einer solchen Reform an sich, bei einer anderen, arbeiterfreundlichen und demokratischen Regierung, bleibt dabei offen.

Nun klingt es aber höchst sonderbar, wenn diese verpflichteten Schiedsgerichte unter die Sozialreformen rangiert werden. Wie die Sozialreformen die Uebel des Elends, der Arbeitslosigkeit, der Ueberarbeit, der schlechten Wohnungen bekämpfen, so sollen sie das Uebel des Streiks beseitigen. Aber die Streiks sind ein Uebel sehr besonderer Art. Kein Arbeiter wird sie als solches bezeichnen; denn sie bilden ja ein Mittel, oft das einzige Mittel, die wirklichen Uebel, worunter er leidet, zu lindern. Und wenn man ihm davon redet, daß nicht Gewalt und Macht, sondern daß das Recht in den Händen

unparteiischer Richter über Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen entscheiden soll, so darf er fragen, was das für eine Justitia ist, die taub und blind blieb, so lange er machtlos alles Unrecht von der Gewalt des Kapitals erleiden mußte; aber sobald er zur Selbsthilfe griff und sich wehrte, einschritt, um ihm die Hände zu knebeln.

Von den Arbeitern ist der Ruf nach dieser Sozialreform nicht gekommen. Aber auch nicht vom Kapital, das zwar für ein Streikverbot zu haben wäre, aber nicht für die Festsetzung der Löhne durch Schiedsrichter; es will völlig Herr im Hause bleiben und rechnet darauf, mit den Streiks noch anders fertig zu werden. Woher die obligatorischen Schiedsgerichte kommen, erhellt am besten aus folgender Darlegung ihrer Grundgedanken seitens eines der eifrigsten Apostel dieses Friedenselixiers, Mr. Edward Tregear, dem früheren Arbeitsminister von Neuseeland.

„Das verpflichtete Schiedsgerichtsverfahren bedeutet, daß eine „dritte Partei“ die Gemeinschaft, in das industrielle Leben hervor tritt. Wir, das Publikum, sagen zu Unternehmern und Arbeitern: Ihr dürft uns nicht länger mit euren endlosen kleinen Streitigkeiten und Störungen ärgern und schädigen. Eure Streiks und Aussperrungen, euer Postenstehen und Boykotts tasten die Sicherheit und Wohlfahrt von Tausenden von Menschen an, die mit dem Streit selber nichts zu tun haben. Daher sollt ihr die Streitigkeiten vor ein unparteiisches Schiedsgericht bringen und so lange unter den alten Bedingungen weiter arbeiten, bis die neuen festgesetzt sind. Wenn unsere Richter befähigt sind, über Millionen an Wert zu entscheiden, wenn sie in unser intimsten Beziehungen eindringen, wenn in Kriminalfällen Leben und Freiheit in ihrer Hand liegt, dann sind sie auch sicher befähigt, zu entscheiden, ob der Tagelohn eines Zimmerers oder Maurers um eine Mark erhöht werden soll. Jedenfalls dulden wir nicht, daß ihr, zu unserem Schaden, euren Streit durch Faustrecht entscheidet. Unser Gemeininteresse ist wichtiger als irgendein individuelles Interesse, und das Individuum hat der Gemeinschaft zu gehorchen.“

Die dritte Partei, wie Herr Tregear es sagt, ist die Klasse, die neben Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht und das gesellschaftliche Leben beherrscht — das Kleinbürgertum. Das Kleinbürgertum haßt und fürchtet den Klassenkampf. Es empört sich über den brutalen Herrenstandpunkt der Kapitalisten wie über die schlechte Behandlung der Arbeiter, um so mehr, als es selbst unter der Konkurrenz dieser Kapitalisten zu leiden hat; aber noch mehr empört es sich über die Selbsthilfe, über den trozigen Kampf der Arbeiter. Das Kleinbürgertum ist die Klasse, die die Streiks zu den Uebeln rechnet, denen durch Reformen abgeholfen werden soll. Es will den sozialen Frieden, es will nach beiden Seiten den Vermittler spielen, und sein Organ ist dabei die demokratische Staatsregierung.

Nur in unentwickelten Kleinbürgerlichen Ländern kann die Praxis des Schiedsgerichtsverfahrens aus der Theorie der dritten Partei empor kommen. Australien und Neuseeland, die jungen Kolonialländer, bilden ihre Heimat, während der Versuch Millierands, sie in das Kleinbürgerliche Frankreich zu verpflanzen, an dem energischen Widerstand der Arbeiter scheiterte.

Der Arbeiterklasse bringt das verpflichtete Schiedsgericht nur Nachteile. Schon das Verfahren an sich hat für den Arbeiter etwas unsagbar Herabwürdigendes. Ein Schiedsrichter, ein Bürgermeister oder sonstiger hoher Herr, der täglich 100 Mk. zu verzehren hat, stellt fest, daß ein Arbeiter mit 20 Mk. pro Woche auskommen kann und keine 21 Mk. braucht. Er rechnet die notwendigen Ausgaben zusammen, soviel für Brot, soviel für Kartoffeln, soviel für Margarine; er beurteilt, ob und wieviel Zigarren oder Bier dem Arbeiter zukommen. Jeder Wunsch, jeder Anspruch, über die sonst ein Mensch selbst verfügt, muß der Arbeiter vor dem gestrengen Herrn verteidigen oder ihm abbeteln. Seine Ration notwendiger Lebensmittel wird ihm zugemessen wie einem Zuchthäusler. Das ist die Praxis der Lohnfestsetzung durch Schiedsrichter. Sie widerspricht aber auch völlig der Natur des Lohnes. Der Wert der Arbeitskraft, die Frage, wieviel zum Leben notwendig ist, kann nur vom Arbeiter selbst beurteilt werden; seine Ansprüche steigen mit seinen kulturellen Bedürfnissen, und die Kraft, womit diese Sehnsucht nach besseren Lebensverhältnissen und mehr Kultur sich in ihm als Energie, sie zu erkämpfen, durchsetzt, bestimmt, wieviel er davon verwirklichen kann. Wird ihm dieser Kampf abgeschnitten, so bedeutet das die Hemmung jedes Aufstieges zu einer höheren Stufe; es bedeutet, die Lage des fortschrittslosen Arbeitstieres gewaltsam fest zu halten.

Scheinbar mag ein Vorteil darin stecken, daß man mitunter kampflos Vorteile bekommt. Aber dieser Vorteil ist in Wirklichkeit ein Nachteil. Das Friedenselixier ist für das Proletariat lähmendes Gift. Nur der Kampf schafft die Vorbedingung bleibender und weiterer Errungenschaften. Ist kein Kampf nötig; entscheidet „das Recht“ und nicht die Macht, so fehlt aller Anlaß, die proletarische Macht zu stärken. Dann verkümmern die gewerkschaftlichen Organisationen dann, schwinden Disziplin und Solidarität dahin, dann bleiben die Arbeiter beschränkte, machtlose Eingänger. Aber durch die kleinbürgerliche demokratische Illusion läßt sich die Wahrheit, daß die Macht über das Verhältnis der Klassen und ihr Recht gebietet, nicht beiseite schieben. Je machtloser die Arbeiter bleiben, um so ungünstiger werden die Gerichtsentscheidungen für sie, um so weniger können sie auch die notwendigsten Lohn erhöhungen durchsetzen, um so mehr wirkt das Schiedsgerichtsverfahren als ein einfaches reaktionäres Streikverbot. Die bürgerliche Utopie wird immer mehr zu einer Waffe des Kapitals gegen die Arbeit. Das zeigte sich in dem letzten Jahrzehnt in Australien immer deutlicher. In dem Maße, wie sich dort der junge Kapitalismus weiter entwickelt, brechen überall Streiks aus, trotz des Schiedsgerichtsgesetzes, das sie mit Geldstrafen ahndet, und die Beseitigung dieses Gesetzes, das sich immer mehr als eine unhaltbare Fäulnerei erweist, ist nur noch eine Frage der Zeit.

Und jetzt, nachdem diese primitive Utopie in ihrem Heimatland durch die erst beginnende kapitalistische Entwicklung selbst Schiffbruch gelitten hat, jetzt kommen die Herren Sozialreformer in dem Lande des höchst entwickelten Kapitalismus damit, wo die schärfsten Klassenkämpfe toben. Wissen sie nicht, daß ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren sich nur unter Zustimmung der Arbeiter durchführen läßt? Oder glauben sie, das kampftrübe deutsche Proletariat einleiten zu können? In einem Lande, wo die Waffe der Revolution als vornehmste Pflicht, die die Arbeiter haben, das innewohnende Julianische Recht in sich haben, wo der Kapitalismus so frei gegenüber steht, daß er auch unparteiische Schiedsrichter stellen könnte. Es könnte ein solches Gesetz daher nur als Streikverbot wirken, als ein Mittel, nicht die Arbeiterkämpfe zu verhindern, sondern sie mit der ganzen Gewalt des Staates zu unterdrücken und zu bestrafen.

Die Herren kommen fünfzig oder hundert Jahre zu spät mit ihrer Anregung. Man kann sie deshalb nur als Anzeichen dafür ansehen, wie furchtbar die Entwicklung des Kapitalismus den Intellekt seiner geistigen Leuchten angetastet hat, nur als einen Ausfluß von Altersschwäche der bürgerlichen Sozialreform. Oder — vielleicht ist es auch anders. Vielleicht soll der Blödsinn nur als Deckmantel reaktionärer Ziele dienen. Es ist möglich, daß die Reaktion nur unter dieser scheinbar harmlosen Form eines Schiedsgerichtsgesetzes den Arbeitern die mächtige Waffe des Streiks nehmen zu können glaubt. Aber auch dann gibt sie sich einem eiteln Wahn hin. Auch unter diesem Narrenkleid wird das Proletariat jeden Anschlag auf sein wichtigstes Kampfrecht zu erkennen und abzuwehren wissen.

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1911.

I.

Allgemeines.

Das sozialpolitische Ergebnis der Reichsgesetzgebung in der ersten Hälfte des verflossenen Jahres ist bereits in dem an den dresdener Gewerkschaftskongreß erstatteten Bericht gewürdigt worden. Was dort voraus gesagt, ist eingetroffen. Das Arbeitskammergesetz ist während der Herbsttagung des Reichstages nicht zur Erledigung gekommen. Die Regierung hat den nun schon zum zweiten Male vom Reichstage in zwei Lesungen fertig gestellten Gesetzentwurf scheitern lassen, weil gegen ihren und der Scharfmacher Willen die Wählbarkeit der Gewerkschaftsangeestellten und die Einbeziehung der Eisenbahnwerkstätten zu den Arbeitskammern vom Reichstage beschlossen war.

Das Hausarbeitsgesetz hat im Herbst die dritte Lesung passiert und ist am 1. April d. J. in Kraft getreten. Die bürgerliche Mehrheit war für die von den Sozialdemokraten, gestützt auf das einmütige Votum des Deutschen Heimarbeitertages, geforderten Lohnämter zur Festsetzung von Mindestlöhnen nicht zu haben. Die Hilfe aus größter wirtschaftlicher Not erwartenden Heimarbeiter wurden mit dem Einsengericht der Sachausschüsse abgefunden. Dies Gesetz wird wesentlich dazu beitragen, die Heimarbeiter von der Notwendigkeit der organisierten Selbsthilfe zu überzeugen. Nur wenn die Heimarbeiter sich aufrufen und ihrer gewerkschaftlichen Organisation sich anschließen, wird eine Besserung der jammervollen Lohn- und Arbeitsbedingungen herbei geführt werden können. Die Festsetzung von Mindestlöhnen, die durch die Gesetzgebung nicht zu erreichen war, müssen die Heimarbeiter mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation sich erkämpfen.

Das Versicherungsgesetz für Angestellte ist gleichfalls in der kurzen Herbstsession vom Reichstage verabschiedet worden. Durch das Gesetz werden alle Angestellten mit einem Jahreseinkommen bis zu 5000 Mk. dem Versicherungszwange unterstellt. Nach Leistung von mindestens 120 Monatsbeiträgen besteht Anspruch auf Ruhegeld vom 65. Lebensjahre ab oder bei früherem Eintritt der Berufsinvalidität. Diese liegt vor, wenn die Erwerbsunfähigkeit auf die Hälfte herab gesunken ist. Gewährt wird ferner Witwenrente an alle, auch die erwerbsfähigen Witwen, und Waisenunterstützung bis zum 18. Lebensjahre. Die von Unternehmern und Angestellten je zur Hälfte leistenden Beiträge sind sehr hoch. Sie betragen 7 Prozent des Gehalts, während die Renten unzureichend sind. Der größte Mangel des Gesetzes besteht aber in der Ausschaltung der Selbstverwaltung. Die Verwaltung der zu bildenden Reichsversicherungsanstalt ist der Bürokratie ausgeliefert. Die Versicherten und die Unternehmer sind zwar zur Mitarbeit zugelassen, zu bestimmen hat jedoch nur die Bürokratie.

Für die von den Gewerkschaften schon auf dem hamburger Gewerkschaftskongreß erhobene Forderung, die Pensionsversicherung durch den Ausbau der Invalidenversicherung zur Durchführung zu bringen, die auch von einer starken Minderheit der Privatangestellten vertreten wurde, fand sich im Reichstage keine Mehrheit. Nur die Sozialdemokraten traten geschlossen und energisch dafür ein.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen hat ein solches Ergebnis der Reichstagswahlen hat die Quittung ausgestellt für den fortgesetzten Verrat an seinen Interessen, den der Reichstag während der letzten fünf Jahre in so überreichem Maße verübt hat. Die Reichsfinanzreform und die Reichsversicherungsordnung mit ihrer brutalen Entrechtung der Versicherten haben eine ungeheure Erbitterung unter der denkenden Arbeiterschaft hervorgerufen. Selten wohl ist ein Wahlkampf mit solcher Heftigkeit geführt worden. Wenn die Gewerkschaften auch direkt am Wahlkampfe nicht beteiligt waren, so ist ihre Tätigkeit dennoch dadurch erheblich beeinflusst worden. Eine große Zahl der Gewerkschaftsmitglieder betätigt sich auch politisch. Es liegt auf der Hand, daß alle verfügbaren Kräfte im Wahlkampf intensiv angespannt wurden, so daß die Gewerkschaftsarbeit vorübergehend in den Hintergrund gedrängt wurde.

Für die Gewerkschaften waren aber die diesmaligen Reichstagswahlen auch von erhöhter Bedeutung. Von dem Ausfall derselben hing es ab, ob die Absicht der Regierung und der hinter ihr stehenden industriellen und agrarischen Scharfmacher durch verschärfte Strafbestimmungen die Ausübung des Koalitionsrechts unmöglich zu machen, sich verwirklichen lassen würde.

Das dürfte jetzt schwierig sein; die gegenwärtige Zusammenlegung des Reichstages bietet einen gewissen Schutz gegen die gewerkschaftsfeindlichen Pläne. Weil verschärfte Strafbestimmungen oder gar Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter einzuweisen nicht zu haben sind, ist die im Banne der großkapitalistischen Unternehmer stehende Regierung desto mehr geneigt, alle ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter in Anwendung zu bringen. Polizei, Militär, Staatsanwälte und Gerichte sind eifrig am Werk, um die „Freiheit der Arbeit“ zu schützen. Ein Streikbrecher ist mehr und mehr zu einer geheiligten Person geworden. Auch ohne Ausnahmegesetze werden die kämpfenden Arbeiter nach ausnahmegesetzlichen Regeln behandelt. Wegen geringfügiger Beleidigungen, wenn sie sich gegen Streikbrecher richten, werden unglaublich harte Gefängnisstrafen verhängt. Die blindwütige Bekämpfung der um wirtschaftliche Besserstellung ringenden Arbeiter trägt in hervorragendem Maße dazu bei, immer größere Massen den Organisationen zu zuführen und steigert die Widerstandskraft und den Opfermut der Arbeiterschaft. Die organisierte Arbeiterschaft weiß nur zu gut, daß ein freies Koalitionsrecht von ungleich größerem Wert für die Arbeiterklasse ist als die sozialpolitische Flickschusterei der herrschenden Klassen. Die Arbeiterschaft wird sich die für die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe notwendige Koalitionsfreiheit erringen. Mögen die Widerstände auch noch so groß sein.

In derselben Weise wie die belgischen Gewerkschaften veranstaltete auch die französische „Confederation generale du Travail“ eine Studienreise nach Deutschland. Eine Delegation von 35 Mitgliedern französischer Gewerkschaften hielt sich in der Zeit vom 24. bis zum 29. Juli in Berlin auf, um die Organisationseinrichtungen der deutschen Zentralverbände kennen zu lernen. Es wurden unter anderem besucht die Bureaus der Generalkommission, der Zentralverwaltung des Holzarbeiterverbandes, der Lokalverwaltung des Metallarbeiterverbandes und die Bureaus der Berliner Gewerkschaftskommission und des Berliner Arbeiterssekretariats. Die französischen Genossen wurden durch eingehende Vorträge über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, den Aufbau und die inneren Einrichtungen der Verbände sowie die Grundsätze, nach denen die gewerkschaftlichen Kämpfe in Deutschland geführt werden, unterrichtet. Ein für unsere preußisch-deutschen Zustände bezeichnender Zwischenfall ereignete sich. Wegen einer Rede, die der Vertreter der Confederation generale du Travail, Genosse Voetot, bei der am 25. Juli im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses veranstalteten Begrüßungsfeier hielt, glaubte der Berliner Polizeipräsident die Ausweisung Voetots verfügen zu müssen. Zur Zustellung und Durchführung der Ausweisungsverfügung kam es indessen nicht, weil Voetot bereits die Heimreise angetreten hatte. Um den französischen Gewerkschaftsvertretern Gelegenheit zu geben, die Berliner Arbeiterschaft kennen zu lernen, war die Abhaltung einer großen Versammlung vorgesehen, in der die französischen Genossen Ansprachen halten sollten. Infolge des gerade zur Zeit der Anwesenheit der französischen Arbeitervertreter äußerst zugespitzten Marokkokonflikts gestalteten die am 28. Juli in den Gesamträumen der „Neuen Welt“ abgehaltenen Versammlungen sich zu einer wichtigen Demonstration für den Frieden. Die von der Berliner Gewerkschaftskommission gemeinsam mit der Partei einberufene Versammlung war von ungefähr 30000 Personen besucht. Die Confederation generale du Travail veranstaltete eine Woche später, am 4. August 1911, in Paris im „Saal Wagram“ ein internationales Friedensmeeting, an dem neben Gewerkschaftsvertretern aus England, Spanien und Holland auch Vertreter der Generalkommission und des Parteivorstandes teilnahmen. Der Riesensaal konnte die zuströmenden Massen nicht fassen und mußte abgesperrt werden. Die versammelten pariser Arbeiter brachten ihre Abneigung gegen den Krieg durch stürmische Proteste und einmütige Annahme einer Resolution sowie begeisterte Ovationen für die deutschen Delegierten zum Ausdruck.

Die Konstituierung der von dem Dresdener Gewerkschaftskongreß neu gewählten Generalkommission erfolgte in der Sitzung des Gewerkschaftsausschusses vom 20. Juli 1911. Als erster Vorsitzender wurde Legien, als zweiter Vorsitzender Bauer und als Kassierer Rube wieder gewählt. Schriftführer wurden die Genossen Sassenbach und Knoll. Zu Revisoren der Generalkommission wählte der Gewerkschaftsausschuß die Genossen Cohen und Sabath, zu Revisoren des Ausschusses die Genossen Eisler, Handke und die Genossin Thiede.

Der Dresdener Gewerkschaftskongreß hat die Generalkommission beauftragt, gemeinsam mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unterstützungsvereinigung ins Leben zu rufen, deren Aufgabe es sein soll, den Mitgliedern der Gewerkschaften und Genossenschaften, die freiwillige Beiträge leisten und deren Familienangehörigen Unterstützung in Fällen des Todes, des Alters, der Kinderversorgung usw. zu gewähren. Verhandlungen, die einige Zeit nach dem Kongreß mit dem Kaiserl. Aufsichtsamt für Privatversicherung stattgefunden haben, ließen erkennen, daß die Errichtung einer Unterstützungsvereinigung ohne Rechtsanspruch gesetzlichen Schwierigkeiten begegnen würden. Nach eingehender Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse haben Gewerkschaften und Genossenschaften sich dann entschlossen, zur Durchführung der Unterstützungseinrichtungen eine besondere Aktiengesellschaft zu gründen. Das erforderliche Aktientkapital wird zur Hälfte von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden, zur anderen Hälfte von den dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörigen Genossenschaften aufgebracht werden. Ueber die von der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Aktiengesellschaft durch zu führenden Versicherungseinrichtungen sind endgültige Entscheidungen noch nicht getroffen. Diese Fragen unterliegen gegenwärtig der Begutachtung durch sachverständige Versicherungsmathematiker. Voraussichtlich wird es gelingen, noch im Laufe dieses Jahres das Versicherungsunternehmen in Wirksamkeit treten zu lassen.

Mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben weiterhin gemeinsame Beratungen wegen der zur Bekämpfung der Schäden der Heimarbeit zu treffenden Maßnahmen stattgefunden. Es wurde der Inhalt eines Aufrufes vereinbart, der sich an die Mitglieder der Gewerkschaften und Genossenschaften wendet. Dieser Aufruf soll in der Partei- und Genossenschaftspresse veröffentlicht und als Merkblatt in einer Auflage von 1 Million Exemplaren verbreitet werden. Auch wegen Durchführung der Vereinbarung bezüglich der Verhängung von Boykotts über die Lieferanten der Konsumvereine fanden mehrfach Verhandlungen mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt, die in jedem Falle zu einer Verständigung führten.

Für das Winterhalbjahr 1911/12 ist von der Veranstaltung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen abgesehen worden. Dafür werden im Frühjahr und Sommer d. J. zwei Unterrichtskurse für Arbeiterssekretäre statt finden.

Verbands-Angelegenheiten

Warnung!

Die Zahlstellenverwaltungen, beziehungsweise die Zahlstellenkassierer werden ersucht, dem auf Reisen befindlichen Mitgliede Franz Großberger, Maler, Mitglieds-Nr. 39404, das Verbandsbuch, die Bescheinigung über Arbeitslosigkeit und andere Verbandspapiere ab zu nehmen und an den Unterzeichneten ein zu senden. Großberger ist am 21. August 1911 in Schwarzenberg dem Verband beigetreten und hat zuletzt in Kloster-Befra gearbeitet. Joh. Schneider, Schriftführer.

Für unsern Beruf

Beiträge erwünscht

Die Arbeiterfreundlichkeit der Porzellanfabrikanten scheint wieder mächtig betrieben zu werden. Und namentlich von den Fabrikanten, die noch vor wenigen Wochen leichten Herzens tausende unserer Kollegen ohne jede ernstliche Begründung aussperrten. Bekanntlich verpflichteten sich die Unternehmer bei Aufhebung der Aussperrung, gegen die Organisation unserer Kollegen Einwendungen nicht zu erheben. Wie die Fabrikanten diese Zusicherung aber erfüllen, zeigt sich insbesondere daran, daß jetzt mit allem Eifer für die Unterstützungskasse der Porzellanfabrikanten Propaganda getrieben wird. Und zwar scheint die jetzt ungemein lebhafteste Agitation für diese Unternehmerkassette nicht von einzelnen Unternehmern, sondern von einer Zentralfstelle aus zu gehen, so daß die Erfüllung der in Berlin am 23. März von den Porzellanfabrikanten gegebenen Versicherung noch eine besonders interessante Beleuchtung erhält. — Bei dieser Unterstützungskasse handelt es sich um jene Einrichtung der Unternehmer, die wir kurz nach ihrer Gründung vor einigen Jahren eingehend in unserem Blatt besprochen. Nur hat man jetzt die Firma geändert und nennt das unglückliche

Burn, das weder leben konnte noch sterben wollte, „Wohlfahrtsverein deutscher Porzellanfabriken.“ Die Einrichtungen sollen den Arbeitern Rechtsschutz, Arbeitslosenunterstützung und Urlaubsgelder garantieren. In Flugblättern, die jetzt massenhaft in Fabriken von Werkführern aller Art verbreitet werden, werden diese „Wohlfahrten“ über den grünen Klee gelobt und der Kollege verlockt, den Verband im Stich zu lassen und spornstreichs in die Unternehmerkassse zu laufen. Was sachlich in der Hauptsache zu diesen Anpreisungen zu sagen ist, wurde in der Tagespresse von Kollegenseite bereits hervor gehoben, so daß wir uns darauf beschränken können, die Hauptstellen daraus wieder zu geben:

Was geradezu köstlich ist, das ist die Anpreisung, daß die neu zu gründende Unterstützungskasse der Unternehmer auch Arbeitslosen-Unterstützung und Rechtsschutz gewähren will. Das ist wahrhaftig der Gipfel der Originalität. Die Unternehmer wollen Arbeitslosenunterstützung zahlen, wenn die Arbeiter aus ihren Fabriken entlassen sind. Wem wollen die Herren das weiß machen! Nein, wenn der Arbeiter aus der Fabrik eines Unternehmers entlassen ist, dann hört jede Gemütlichkeit und jede „Fürsorge“ des Unternehmers für den Arbeiter auf. Diese in der Illusion der Unternehmer bestehende Arbeitslosenversicherung ist ebenso wie der erwähnte Rechtsschutz, nur darum angepriesen worden, um die Arbeiter dem Verbande zu entreißen. Der Verband gewährt nämlich den Mitgliedern Rechtsschutz in den Fällen, wo sich Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis ergeben. Und die Unternehmer wollen den Arbeitern ihres gelben Unterstützungsvereins Rechtsschutz zu dem Zwecke gewähren, damit diese gegen sie bei eventuellen aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitfällen gerichtlich vorgehen können? O, heilige Einfalt! Glauben denn die Unternehmer, daß die Arbeiter so ungeheuerlich kurz-sichtig und beschränkt sind, um diese Bauernfängerei nicht sofort zu durchschauen?

Aber der Unterstützungsverein soll noch mehr leisten. Den Mitgliedern soll auch eine Urlaubsbeihilfe gewährt werden. Damit nun die Mitglieder dieser teilhaftig werden, müssen sie selbst erst Beiträge entrichten, die so gedacht sind: In der 1. Klasse zahlen die Mitglieder pro Woche 60 Pfg., jährlich also 31,20 Mk., in der 2. Klasse pro Woche 48 Pfg., jährlich 24,96 Mk., und in der dritten Klasse pro Woche 36 Pfg., jährlich 18,72 Mark, an Beiträgen. Dafür bekommen sie als „Urlaubsbeihilfen“ in der 1. Klasse 25 Mk., in der 2. Klasse 20 Mk. und in der 3. Klasse 15 Mk.

Die Arbeiter müssen also die ihnen als „Wohlfahrt“ angepriesene „Urlaubsbeihilfe“ erstens mal erst selbst einzahlen und dann wissen sie noch nicht einmal genau, ob sie auch wirklich Urlaub bekommen. Denn besonders interessant sind diese beiden Sätze des Flugblattes: „Ob und inwieweit derselbe auf noch weitere Kreise der Kasse ausdehnbar sein wird, muß erst die Zukunft lehren. Vorläufig wird es den Fabrikanten schon nicht immer leicht sein, den Urlaub in dem vorgesehenen Umfange einzuführen“.

Man lese nur, denke ein wenig nach und man hat sofort diese „Fürsorge“ in ihrer ganzen Größe. Aber was vor allen Dingen bei dieser Frage wichtig ist, das ist, daß die Unternehmer also trotz so vieler Beteuerungen wegen Schädigung des Betriebes usw. Urlaub gewähren können, wenn er ihnen als Vorteil für ihre besonderen Beziehungen günstig erscheint. Das müßte für die Arbeiter, die sich für diese Angelegenheiten interessieren, ein sehr wichtiger Punkt sein.

Hierzu kommt noch ein sehr wichtiger Punkt. Die Arbeiter wissen nicht einmal, in welcher Form und Zeit ihre geleisteten Beiträge auch ihnen zugute kommen. Denn wenn ein Unternehmer aus dem „Wohlfahrtsverein der vereinigten Porzellanfabriken“ austritt, dann ist es — nach dem Flugblatt — mit der ganzen Wohlfahrtsgeschichte vorbei. Die Arbeiter haben dann ihr Geld hinein gezahlt und obendrein das Nachsehen. Und daß die Fabrikanten damit rechnen, geht deutlich aus dem Satze hervor: „Wirtschaftliche und andere Verhältnisse können aber den Fabrikanten zum Austritt zwingen.“ Aber wenn im Flugblatt zugleich versucht wird, diese gleichen Erscheinungen dem Verbande zu unterschieben, so ersieht schon jeder daraus, worauf es dem Unternehmer ankommt. Im Verbande haben die Unternehmer nicht nur das absolute Selbstverwaltungsrecht, sondern durch das Solidaritätsgefühl der denkenden Arbeiter wird sich dieser noch bedeutend entwickeln, an Mitgliedern zunehmen, wie das jetzt der Fall war und am Ausbau der Organisation. Hier wissen die Arbeiter eben, daß es ihre Kampforganisation ist, deren Kampf ihrer wirtschaftlichen Besserstellung dient, gegen den Willen der Unternehmer.

Aber was noch hervor gehoben zu werden verdient, ist das Eingeständnis, daß die Unternehmer zu dieser „Wohlfahrts-einrichtung“ Zuschüsse werden leisten müssen. Und siehe da, die Konkurrenzfähigkeit der Industrie, die doch sonst durch die „Lasten der Sozialgesetzgebung“ im höchsten Maße gefährdet sein soll, ist mit einem Male, weil es sich um bestimmte Sonderzwecke der Unternehmer handelt, die doch auch nach dem Flugblatt „ganz erhebliche Zuschüsse“ erfordern werden, nicht mehr gefährdet. Dieses köstliche Eingeständnis ist viel wert und zeigt den wahren Wert des Geschreis von den „un-erträglichen Lasten der deutschen Sozialgesetzgebung“, deren Krebsgang in Handelskammerberichten noch als „beängstigende Produktivität“ hingestellt wird.

Kollegen und Kolleginnen! Die Absichten der Unternehmer liegen klar zutage. Sie zielen auf eine Zersplitterung und dann Vernichtung unserer gewerkschaftlichen Organisation hinaus. Kein denkender Kollege wird auf diese plumpen Versuche der Unternehmer hinein fallen. Setzt ihnen vielmehr als Antwort auf diese hinterlistigen Lockungen eine rastlose und energische Verarbeitung für eure Organisation entgegen, ohne die ihr den Unternehmern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert seid!

Magdeburg. Uns wird berichtet: Sonderbare Zustände herrschen bei der Firma Carl Untucht & Co. in der Dreherei. Der Bretter- und Platzmangel ist chronisch. Wird nun ausgelegt, weil durchaus nicht mehr gearbeitet werden kann, dann arbeiten etliche Kollegen und die Frauen weiter, die anderen Kollegen haben doppelten Schaden, weil die Verhältnisse so bleiben wie sie waren. Viel Schuld am Brettermangel tragen auch die Verhältnisse im Brennhaufe. Dort ist ein großer Wechsel der Arbeiter, so daß selten eingearbeitete Brenner tätig sind. Dem Dreherpersonal wurde das An-erbieten gestellt, im Brennhaufe mitzuarbeiten, was aber mit Recht von den Kollegen abgelehnt wurde. Durch den Platzmangel wird viel Ware entzwei gestossen, welche dann der Dreher ersetzen muß, weil die Firma nur tadellose Ware abnimmt. Hören nun Dreher, durch die Zustände gezwungen, auf, dann werden sofort neue Kollegen eingestellt, die aber bedauern, hier in Stellung getreten zu sein, da jetzt kaum ein Verdienst erzielt wird, der zum Leben hinreicht, noch dazu bei den teuren Verhältnissen der Großstadt. Die fremden Kollegen tun gut, sich vor Annahme von Arbeit bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

Meuselwitz. Noch immer stehen hier gegen die Firma Gentschel & Müller gegen 170 Kollegen und Kolleginnen im Kampfe. Ein Teil der Ausständigen hat jedoch bereits anderweitig Arbeit gefunden. Die Gendarmerie ist nach wie vor äußerst scharf gegen die kämpfenden Arbeiter, was aber unsere Kollegen weder mutlos noch untreu gegenüber der Organisation werden lassen kann.

Niedersalzbrunn. Uns wird mitgeteilt: Nach der Aus-sperrung sucht natürlich die hiesige Firma Dhmie wieder fleißig Maler. Gehen nun Angebote ein und man macht von ihnen Gebrauch, so findet man auf der Mitteilung, nach der man sich bereit erklärt, den betreffenden Maler einzustellen, folgenden Endsatz: „Bedingung ist der Beitritt in meine Unterstützungskasse.“ Da die meisten Kollegen nicht wissen, was das für eine Kasse ist, so machen wir darauf aufmerksam, daß es sich um die gelbe Unterstützungskasse handelt. Ja, man geht jetzt schon so weit, daß, wenn der Betreffende sich weigert, diese Kasse beizutreten, man ihn nicht anfangen läßt, und ihn sogar aus der Kasse ausschließt. Diese wenigen Zeilen möchten wir den Kollegen aus Herz legen, damit sich dieselben darnach richten.

Aus anderen Verbänden

Transportarbeiter. Der „Courier“ berichtet: Eine polizeiliche Hausdurchsuchung wurde am 8. Mai in unseren sämtlichen Bureau-räumen in Magdeburg vorgenommen. Circa zwei Stunden suchten ein Kriminalkommissar und drei Kriminalbeamte nach einem Manuskript, welches vom Transportarbeiterverband zwecks Einladung zu zwei Straßenbahnerversammlungen aufgegeben sein soll. In diesen Einladungen soll das Wort „Arbeits-ausschuß“ mißbräuchlich angewendet sein. Die Magdeburger Straßenbahngesellschaft hat deshalb eine Anzeige bei der Staats-anwaltschaft erstattet. Das koalitionsfeindliche Verhalten der Straßenbahngesellschaft kommt hier wieder drastisch zum Aus-druck. Die vorgenommene Hausdurchsuchung verlief resultatlos, da außer einigen „Versammlungseinladungen“ nichts gefunden wurde.

Die Internationale der Transportarbeiter hat sich durch eine Mitgliederzunahme von über 200 000 in den letzten 1 1/2 Jahren auf über 700 000 erhöht. Die letzte Organisation, welche den Anschluß vollzog, war die der spanischen Eisenbahner mit 40 000 Mitgliedern. Augenblicklich verhandelt die Schweizer Union Schweizer Transportanstalten über den Anschluß. Der Verband zählt 12 000 Mitglieder in 99 Sektionen. Der Anschluß ist ab 1. Januar 1913 gedacht. Diesem Verbande wird bald eine andere schweizerische Eisenbahner-Organisation folgen und zwar der Lokomotivpersonalverband. Ein Verband gleicher Art, der Verband der Lokomotivführer und -Heizer in Argentinien, der jetzt einen musterhaft und erfolgreich geführten Kampf hinter sich hat, wird auch nicht mehr lange mit dem Anschluß zögern, der vielleicht schon vollzogen wäre, hätte nicht der Streit die Organisation in anderer Weise in Anspruch genommen. Dieser Verband zählt auch 8000 Mitglieder und hat eine gute finanzielle Grundlage. Zuletzt möge noch darauf hingewiesen werden, daß die Nationale Föderation in England, die jetzt annähernd 250 000 Mitglieder zählt und im Juni ihren Kongreß abhält, sich mit der Anschlußfrage beschäftigen wird. Beabsichtigt ist, die Nationale Föderation als einheitliche Körperschaft der I. T. F. anzuschließen, womit gesagt sein soll, daß die 24 Organisationen, die jetzt der Nationalen Föderation angehören, durch diese ihren Anschluß an die internationale Federation vollziehen werden.

Die norwegischen Gewerkschaften 1911. Das Landessekretariat der Gewerkschaften Norwegens hat kürzlich seinen Bericht über das Jahr 1911 heraus gegeben. Das Jahr war reicher an Lohnbewegungen als alle vorher gegangenen Jahre. Es haben 201 Lohnbewegungen stattgefunden, an denen zusammen 50 100 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren, und für Streikunterstützung wurden 1 008 329 Kronen ausgegeben, wogegen das Jahr 1910 nur 116 Lohnbewegungen mit 10 429 Beteiligten aufwies, und die Unterstützungssumme nur 239 476 Kronen betrug. Von den 201 Lohnbewegungen des verfloßenen Jahres verliefen 151 ohne Arbeitseinstellung, und bei den übrigen kam es in 38 Fällen zum Streit, in 12 Fällen zur Aussperrung. Durch die Bewegungen erzielten 25 904 Arbeiter und Arbeiterinnen Lohnerhöhungen, die pro Jahr die Summe von 2 067 962 Kronen, oder für den einzelnen Arbeiter im Durchschnitt 80 Kronen ausmachen. Ferner wurde für 19 795 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung erzielt, die im Durchschnitt pro Woche 1,7 Stunden beträgt. Außerdem wurden neben anderen Vorteilen auch festgelegt, und zwar in 14 Tarifverträgen Ferien für 1350 Arbeiter und diese betragen im Durchschnitt pro Jahr 5,38 Tage oder im ganzen 7264 Tage. Am Schlusse des Jahres waren in den verschiedenen Berufen im ganzen 590 Tarife abgeschlossen für 61 454 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die der Landesorganisation der Gewerkschaften angeschlossenen Verbände hatten am Jahreschluß 53 533 Mitglieder, was gegenüber dem vorher gegangenen Jahre einen Zuwachs von 7175 Mitgliedern bedeutet. An Arbeitslosenunterstützung zahlten sie 122 136 Kronen aus, an Krankenunterstützung 271 467 Kronen, an Invalidenunterstützung 10 878 Kronen, an anderen Unterstützungen 88 738 Kronen, und die Streikunterstützung erforderte über eine Million Kronen.

Vermischtes

An die deutsche Arbeiterschaft!

Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften!

Die Arbeiterbewegung ist auf den verschiedensten Gebieten mit Erfolg bestrebt, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Ueber zwei Millionen deutscher Arbeiter haben sich in den Gewerkschaften vereinigt, um das Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, um kürzere Arbeitszeit, auskömmliche Löhne, gesundheitlichen Schutz und anständige Behandlung herbei zu führen. Tausende von Tarifverträgen für mehr als eine Million gewerblicher Arbeiter sind ein erfreulicher Beweis ihres erfolgreichen Wirkens.

Nicht minder sind die deutschen Konsumgenossenschaften, die heute bereits 1 1/4 Millionen Familien umfassen, unausgesetzt bemüht, die Arbeiter als Konsumenten zu organisieren, um sie zur Selbstbeschaffung ihres Lebensbedarfs nach den Grundsätzen moderner Volkswirtschaft, und in weiterer Entwicklung zur konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion zu erziehen.

Wie die Gewerkschaften bestrebt sind, der Arbeiterschaft immerfort neue Kulturschätze zu erschließen und den Lebens-

inhalt des Arbeiters zu veredeln, so will auch die Konsumgenossenschaftsbewegung ihre Mitglieder daran gewöhnen, nur gute Qualitätserzeugnisse zu kaufen, nicht einzig das Billigste, sondern immer nur das Beste zu wählen und auch den Verhältnissen, unter denen diese Erzeugnisse hergestellt werden, ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Arbeiter als Käufer kann durch die Kaufkraft seines Geldes wirtschaftlicher Einfluß auf die Lage des Arbeiters als Produzent ausüben, wenn er alle Waren zurück weist, die nicht unter gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen hergestellt sind, und nur solche kauft, bei denen jedem Arbeiter eine menschenwürdige Existenz gewährleistet ist. Und da jeder Arbeiter eben so wohl Erzeuger als Käufer von Waren ist, so gebietet ihm sein eigenes Interesse, von diesem wirtschaftlichen Einfluß Gebrauch zu machen. Die Möglichkeit dazu bietet die Konsumentenorganisation, für deren Erstarkung ein jeder nach besten Kräften wirken muß.

Die Tätigkeit der Konsumentenorganisation richtet sich in erster Linie auf die Beschaffung guter und preiswerter Nahrungs- und Genußmittel, Haushalts- und Bekleidungsgegenstände und Bedarfsartikel aller Art. Da in den Gewerben, die sich mit der Herstellung dieser Artikel befassen, die Arbeitsverhältnisse vielfach weit hinter den gewerkschaftlich geregelten zurück stehen, und da ferner ganz besonders Nahrungs- und Genußmittel, sowie Bekleidungsgegenstände, sofern sie unter ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt werden, den Käufer und seine Familie gefährden können, so ist hier ein zielbewußter Einfluß der organisierten Konsumenten zu erstreben.

Eine der ungesundesten und gemeinschädlichsten Arbeitsweisen ist die Heimarbeit. Die dort herrschende niedrige Entlohnung bildet die Ursache dafür, daß in ihrem Bereich alle ungesunden und volkswirtschaftlich schädlichen Uebelstände sich anhäufen. Lange Arbeitszeit, Ausbeutung von Jugendlichen und Kindern, Kranken und Invaliden, gesundheitsschädliche Wohn- und Arbeitsräume, Unreinlichkeiten, ungenügende Trennung der Arbeitserzeugnisse von erkrankten Familienmitgliedern, das alles macht die Heimarbeit zu einem Gefahrenherd für die gesamte Arbeiterschaft. Die Möglichkeit der Übertragung von Infektionskrankheiten ist bei dem Mangel jeglicher Kontrolle nirgends leichter als hier. Die Billigkeit solcher Heimarbeitszeugnisse bietet keinen Ersatz für diese Nachteile. Sie erhöht im Gegenteil die Gefahr der Seuchenverbreitung.

Gegen diese Mißstände sollte die Gesetzgebung energisch einschreiten. Da das zurzeit nicht der Fall ist, so müssen sich die Arbeiter selbst als Erzeuger wie als Käufer gegen diese Gefahren zu schützen suchen. Es ist eine Aufgabe der Gewerkschaften, die Heimarbeit einzuschränken, mindestens aber sie der gewerkschaftlich tariflichen Regelung zu unterstellen.

Die Mitglieder der Konsumvereine dagegen müssen strenge Auslese beim Wareneinkauf halten und unnachlässiglich alle Waren zurück weisen, die in der Heimarbeit, in Schweißwerkstätten oder unter sonst ungesunden Arbeitsverhältnissen hergestellt sind. Je gewissenhafter die Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumvereine diese Kontrolle ausüben, um so mehr wird es dem organisierten Konsum möglich sein, diese veralteten Erzeugungsmethoden durch eine modern-wirtschaftliche Eigenproduktion abzulösen.

Vor allem ersuchen wir die gewerkschaftlich wie genossenschaftlich organisierte Arbeiterschaft, künftig keinerlei Heimarbeitszeugnisse mehr zu kaufen, in die sich die gewerkschaftliche Eigenproduktion die sichere Gewähr für den Bezug einwandfreier Bedarfsmittel gegeben ist.

Wir bitten ferner alle Mitglieder der Gewerkschaften und Genossenschaften, für die weitere ständige Aufklärung der Arbeiter in diesem Sinne tätig zu sein, und richten das Ersuchen an die gesamte Arbeiterpresse, dieses Bestreben nachhaltig zu unterstützen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Die Lage des Arbeitsmarktes im März hat, so berichtet das „Reichs-Arbeitsblatt“, eine weitere Besserung erfahren. Der Ruhrkohlenmarkt stand unter dem Einflusse des Bergarbeiterausstandes und seiner Nachwirkungen, die jedoch nicht sehr einschneidend gewesen sind, da der Streit nur von kurzer Dauer war und die Bechen teilweise die Förderung aufrecht erhalten konnten; das Kohlenindikat war in der Lage, zum Teil auf die großen Lagerbestände zurück zu greifen. In Ober- und Niederschlesien war die Nachfrage nach Kohle infolge des englischen und westfälischen Bergarbeiterstreiks außerordentlich rege, so daß nicht nur die gesamte Förderung abgesetzt, sondern auch große Mengen Kohle von den Be-

ständen verladen werden konnten. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war die Beschäftigung befriedigend; der Absatz gestaltete sich im allgemeinen besser als im Vormonate. Reges war wieder die Beschäftigung im Kalibergbau und in der chemischen und elektrischen Industrie. Auch die Roheisen-erzeugung, die Eisengießerei und der Maschinenbau werden wieder als recht befriedigend beschäftigt bezeichnet. Die Lage der Baumwollspinnereien ist befriedigend geblieben. In der Tuchindustrie war der Geschäftsgang wieder recht ruhig; aus Westdeutschland lauten die Berichte günstiger. Die Herren- und Damenkonfektion hatte im allgemeinen genügend zu tun. Recht flott beschäftigt waren die Papierindustrie und die Buch- und Zeitungsdruckereien. Die Beschäftigung im Baugewerbe war dagegen in Anbetracht der Jahreszeit noch immer recht gering. Ueber die Arbeitslosigkeit im Monat März berichten 50 Fachverbände mit 1 965 548 Mitgliedern; von diesen waren am Ende des Monats 1,6 v. H. arbeitslos. Ende Februar betrug die Arbeitslosenzahl 2,6 v. H. und Ende März 1911: 1,9 v. H. Es ist also sowohl dem Vormonat wie dem Vorjahre gegenüber eine Besserung zu verzeichnen. Auch die Arbeitsnachweisziffern lassen, soweit sie männliche Arbeiter betreffen, dem Vormonat und dem Vorjahre gegenüber auf eine Besserung des Beschäftigungsgrades schließen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise nämlich, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im März 1912 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 145 Arbeits-gesuche, gegen 210 im gleichen Monate des Vorjahres und 178 im Vormonate. Bei weiblichen Personen stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 84, 81 beziehungsweise 88.

Eine sozialdemokratische Aktiengesellschaft. Da die bestehenden Gesetze es nicht zweckmäßig erscheinen lassen, daß zur notwendig gewordenen Vergrößerung der „Vorwärts“-Druckerei in Berlin die bis jetzt bestehende offene Handelsgesellschaft Paul Singer & Co. auch Grundstücke erwirbt, da, sobald durch Tod, Krankheit oder andere Umstände einer der jetzigen Teilhaber aus der Gesellschaft ausscheidet und ein anderer an seine Stelle tritt, jeweils Zuwachsteuer, Grundstückssteuer und dergleichen zu entrichten ist, beschlossen die zuständigen Instanzen die Umwandlung des „Vorwärts“-Geschäfts in eine Aktiengesellschaft. Dadurch werden große Abgabensummen erspart, weil die unpersonlichen Anteilscheine nicht im Besitze der jeweiligen Inhaber bleiben. Die zur Gründung notwendigen Mittel wurden von der „Vorwärts“-Druckerei zur Verfügung gestellt. Die Personen, die bisher die Leitung der offenen Handelsgesellschaft in Händen hatten, behalten diese auch in der neuen Gesellschaftsform.

Gerichtliches Verbot des Streikpostenstehens. Das Landgericht zu Beuthen, Oberschlesien, hat unterm 2. Mai folgenden Beschluß erlassen: In Sachen der Firma A. U. Dirksen, Atelier für Dekorationsmalerei zu Hannover, Antragsstellerin, vertreten durch die Rechtsanwälte Boas und Enggeling zu Beuthen, Oberschlesien, gegen 1. den Malermeister Simonauer in Rattowitz, 2. den Maler Olmanns zu Beuthen, Oberschlesien, Biefarerstraße, Antragsgegner, wird den Antragsgegnern bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe von 500 Mk. für jeden Zuwiderhandlungsfall untersagt, die Arbeiten der Klägerin auf den an der Grün-, Viktoria- und Lützowstraße zu Rattowitz belegenen Neubauten des Bau- und Sparvereins daselbst durch Streikposten oder wahrheitswidrige Mitteilungen an die Presse zu führen. Die Firma Dirksen-Beuthen veröffentlichte den Beschluß in den bürgerlichen Blättern und bemerkte dazu, daß sie auch Klage auf Schadenersatz gegen die Genannten erhoben habe. Außerdem hat sie Strafanzeige wegen Bedrohung und Erpressung bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

Frankreich. Bei den jüngst statt gefundenen Gemeindevahlen in Frankreich gelang es auch in Limoges der Arbeiterschaft, die Gemeindevertretung vollständig in ihre Hände zu bekommen. Limoges ist die eigentliche Porzellanstadt in Frankreich und zugleich die Gemeinde in Frankreich, deren sämtliche politische und kommunale Posten durch Vertreter der modernen Arbeiterbewegung ausgefüllt werden. So ist der Deputierte für Limoges ein Sozialdemokrat, im Generalrat, in der provincialen Körperschaft und in der Gemeindeverwaltung ist Limoges sozialdemokratisch vertreten. Bei der letzten Gemeinderatswahl erlangte die Liste der Arbeiterschaft bis zu 10 244 Stimmen. Die reaktionäre Liste kam dann bis auf 7487 und eine dritte Kandidatenliste auf 1629 Stimmen.

Frauenarbeit in Oesterreich. Nach der Betriebszählung von 1902 kamen in Oesterreich auf je 1000 Beschäftigte im Gewerbe 263 Frauen (gegen 229 in Deutschland), in der Industrie 253 (223), in Handel und Verkehr 312 (263). Es stehen 5 850 158 Frauen in Oesterreich im Erwerbsleben, das sind 44 Prozent aller Frauen gegen 30,4 Prozent in Deutschland. Da aber 42 Prozent aller Frauen in Oesterreich verheiratet sind, ergibt sich von selbst, wer die Familie zerstört! Dabei dürfen in Oesterreich die Frauen — das 1862er Gesetz sagt „Frauenspersonen“ — immer noch nicht einmal politischen Vereinen angehören!

Von der Arbeiterbewegung in England. Der Vorstand der Bergarbeiter in Northumberland wird auf seiner nächsten Konferenz einen Vorschlag beraten, nach dem eine Konferenz von Berg-, Hafen-, Transportarbeitern und Eisenbahnern stattfinden soll, um die Frage eines Zusammenschlusses zu erörtern und durch eine Urabstimmung zur Entscheidung bringen zu lassen. — Eine sehr wichtige Entschliessung wurde von einer Delegiertenversammlung der Transportarbeiter an der Nordostküste in South Shields getroffen. Es betrifft etwa 4000 bis 5000 Mitglieder der National Amalgamated Union of Labour, die im Holztransporthandel beschäftigt sind und eine Lohn-erhöhung verlangen. Innerhalb 14 Tagen soll eine andere Zusammenkunft stattfinden, die sich dann mit der Antwort der Unternehmer auf die inzwischen eingereichten Forderungen befassen soll und, falls diese nicht befriedigt, soll sofort in eine sehr energische Aktion eingetreten werden. — Ueber 300 Schiffs-maler in Southampton legten wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung von 1/2 d (4 Pfg.) pro Stunde und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse die Arbeit nieder. Die Streikenden sind meistens an Southampton anlaufenden Dampfern und auf Segelnachtwerften beschäftigt.

Zur Unterhaltung

Ein heil'ger Geist ward ausgegossen . . .

Ein heil'ger Geist ward ausgegossen . . .
In Blumenwundern träumt das Land,
Die über Nacht sich hold erschlossen
Zum duft'gen Erdenbrautgewand.

Ein heil'ger Geist umsprüht mit Funken
Die Wunder, die der Tag gebar, —
Er läßt nicht länger mehr im Dunkeln
Der Alltagsnacht den Proletar . . .

Ein heil'ger Geist ward ausgegossen
Und ruft die Not und Qual ans Licht,
Daß sie, zur Phalanx eng geschlossen,

Trutz bieten ihren Beinigern dreist,
Bis daß die letzte Kette bricht!

Die Welt durchbraust ein heil'ger Geist! . . .

Der Sammetwedel.

Sei Freund oder Feind der städtischen Kram-
laden und Läden. Der heilige Rosenamens
ist von besonderem Interesse. Er heißt ursprünglich Samuel,
und aus diesem Vornamen, den unser Dialekt langsam und
nasal ausspricht, und aus der salbungsvoll weichlichen Sanft-
mut seines Trägers erwuchs diesem der endgültige Spitzname
Sammetwedel. Er handelte mit Wein und Rosinenmost, mit
Zigarren, Kolonialwaren, Kleiderstoffen und sonst noch mit den
verschiedensten nützlichen und gewinnbringenden Artikeln.

Samuel war sehr fromm. Er besuchte nicht nur regel-
mäßig die Kirche — das taten alle anständigen und klugen
Geschäftsleute —, sondern er lief auch zu den Versammlungen
und Betstunden der Pietisten in Gerbersau und auf dem Lande.
Beim Sprechen rieb er stets demütig und weichlich die blassen
Hände ineinander, blickte öfter mit rührendem Augenaufschlag
nach oben und pries mit lächelnd selbstloser Gebärde seine
Weine an. Auch seine Kleidung hatte etwas Demütig-Frommes,
war altmodisch im Schnitt, dunkel-grau oder schwarz, und hielt
sich auf der Grenze zwischen sparsam und schäbig.

Der unglückliche Mann war die Zielscheibe unaufhörlicher
Niederreden. Wir Zwölfjährigen läuteten an seiner Haustür,
schrieben ihm ulkige Briefchen, grüßten ihn mit ironisch über-

triebener Hochachtung und belagerten oft ganze Abende lang seine Ladentreppe.

Eines Sommerabends bummelte ich mit drei Kameraden untätig auf dem Marktplatz. Es fing gerade an, ein wenig langweilig zu werden. Wir hatten heute den Polizeidiener gehänselt, an allen Ecken und Haustüren spioniert, den Metzger mit Knallerbsen erschreckt und dem nervösen Apotheker an die Fenster gepocht, nun wußten wir nichts Neues mehr anzufangen.

„Ich geh heim,“ erklärte der Philipp gelangweilt.

„Nein, halt doch!“ riefen wir anderen und zogen ihn mit uns die schmale, steile Kronengasse hinab. Da kam mir plötzlich ein Gedanke.

„Zum Sammetwedel!“ rief ich begeistert. „Wir sind schon eine Ewigkeit nicht bei ihm gewesen.“

Gesagt, getan, mit wenigen Sägen hatten wir im Sturm seinen Kaufladen erreicht. Vor dem Schaufenster hielten wir Kriegsrat und es wurde beschlossen, den Streich durch einen schlichten Ladenbesuch einzuleiten. Drei Pfennige wurden zusammen geschossen und mich traf das Los, die Fehde zu eröffnen. Ich sollte in den Laden gehen und nach allerlei Dingen im Preise von drei Pfennigen fragen; das Geld aber nur im schlimmsten Notfalle ausgeben. Dann würden wir weiter sehen.

Die Klingel ertönte und mit freundlichem Gruß trat ich in den Laden, in dem schon Licht brannte. Mißtrauisch empfing mich der hinter Bonbongläsern, Zuckerhüten und Kaffeebüchsen nahezu unsichtbare Sammetwedel. Ohne Zweifel ahnte er, da er mich kannte, meine ruchlosen Absichten, aber Frömmigkeit und kaufmännische Diplomatie nötigten ihn zur Höflichkeit. Ich pflegte für meine Mama nicht selten einige Pfund Zucker, Salz, Gries oder Zucker bei ihm zu holen, war also ein alter Kunde.

„Was willst haben, Bub?“

„Ich weiß noch nicht bestimmt. — Haben Sie Schneeberger Schnupstaba?“

Während der Krämer nach seiner Schublade ging und mir den Rücken zuwendete, sah ich an der Scheibe der Ladentür meine Kameraden lauern, drei vorsichtig empor gereckte, indianerschlaue Gesichter mit pfiffigen Spionenaugen. Ich zwinkerte ihnen heimlich zu.

Indessen kehrte der Sammetwedel mit leeren Händen zurück. Das Glück war mir hold, es gab keinen Schneeberger mehr!

„Aber in vier, fünf Tagen trifft wieder eine Sendung ein, er ist schon bestellt. Dann kannst du ja wieder kommen,“ sagte Samuel.

Ich stellte mich entrüstet.

„Das ist aber schade! Gar keinen Schneeberger mehr! — Aber haben Sie anderen Schnupstaba?“

„Jawohl, vier oder fünferlei Sorten.“

Und er stellte mehrere Büchsen vor mir auf. Ich fragte eingehend nach Preis und Güte jeder Sorte, schwankte endlich zwischen zweien, konnte mich nicht entschließen und nahm schließlich eine kleine Prise zum Probieren. Ein vehementes Lachen, das vor der Tür auf der Gasse draußen los brach, machte mich besorgt. „Ich komme dieser Tage dann nochmals her, wenn es wieder Schneeberger gibt. Ich wollte doch eigentlich Schneeberger haben.“

Mit höflichem Gruß verließ ich den Laden und statete meinen Spießgesellen Bericht ab, gab ihnen auch ihre drei Pfennige wieder. Der dritte hatte mir gehört. Auf dem Heimwege lachten wir noch viel und berieten uns eifrig. Denn war unser Schlachtplan entworfen.

Am folgenden Tage erschienen, mit angemessenen Pausen natürlich, etwa dreißig Schulkungen hintereinander beim Sammetwedel, die alle Schneeberger Schnupstaba verlangten. Am zweiten Tage wiederholte und verdoppelte sich dieses Spiel. Der sanftmütige Kaufmann schnitt anfänglich saure Gesichter, dann wurde er grimmig, schließlich aber geriet er in Raserei und schrie: „Hinaus!“ Sobald er das Wort Schneeberger hörte. Vor der Ladentür aber standen wir alle selig wartend und begrüßten jeden seiner Zornausbrüche mit Zuruf und Wonneschrei. Am Abend des dritten Tages gelüftete es mich mächtig, selber noch einmal beim Sammetwedel vorzusprechen. Es war doch noch ganz anders, drinnen zu stehen und seine Wut zu sehen, als nur so vom Fenster oder von der Tür aus sich verstoßen darüber zu freuen. Also faßte ich Mut. Ich ging hinein, sagte stilsam „Grüß Gott“ und schwoll vor verhaltenem Lachen.

„Wie ist es nun mit dem Schneeberger?“ fragte ich bescheiden. Natürlich glaubte ich bestimmt zu wissen, daß der Tabak unmöglich schon da sein könne.

Der Mann warf mir einen gesalzenen Zornesblick zu. Doch sagte er nichts, sondern stellte zu meinem peinlichsten Erstaunen eine Schachtel vor mich hin, die den soeben eingetroffenen Tabak enthielt. Ich hatte keinen Pfennig im Besitz und fing nun an, mich der Lage nicht mehr gewachsen zu fühlen. Vor der Tür brach das ganze Rudel meiner Kameraden in ein tolles Gelächter aus. Sie hatten jetzt den doppelten Genuß, den Sammetwedel im höchsten Aerger und mich in der Klemme zu sehen. Mir wurde eng ums Herz.

Ich nahm die verwünschte Schachtel in die Hand, roch verlegen an dem Schneeberger und stellte sie dann wieder zurück.

„Es ist doch nicht der richtige,“ sagte ich schließlich frech und näherte mich eiligst dem Ausgange.

Da ereignete sich etwas Außergewöhnliches. Der sanfte Samuel verlor den letzten Rest seiner Würde, sprang schnaubend hinter dem breiten Ladentisch hervor und stürzte mir nach auf die Gasse, mit fliegenden Rockschößen und klappernden Pantoffeln.

„Der Sammetwedel! Oha, der Sammetwedel!“ schrien alle Jungen und rannten gahauf, gahab, davon. Ich aber hatte mich schon um die Hausecke gedrückt und fühlte mich gerettet, während der Wütende meinen Kameraden nachjagte, von denen er natürlich keinen erwischte.

Und nun geschah das Merkwürdige: Der Sammetwedel verlor im Rennen einen von seinen Pantoffeln — ich wie der Blitz hinterher, raffte den Pantoffel auf und verschwand. Und Samuel hinkte halbstrümpfig ins Haus zurück. Es war eine vollständige Niederlage.

Ich habe für diesen Pantoffelraub zwei Trachten Prügel und drei Stunden Arrest bekommen; die eine Tracht zu Hause, die zweite samt Arrest in der Schule. Unter meinen Kameraden aber hatte ich mir unsterblichen Ruhm erworben.

Eigentlich müßte ich jetzt auch noch erzählen, wie ich — von meinem Vater nach langem, zähem Troß und Kampf gezwungen — dem Sammetwedel seinen Pantoffel wieder hintragen und selber überreichen mußte. Aber das ist so beschämend.

Versammlungs-Berichte etc.

W. Hüttengrund. Die Mitgliederversammlung am 6. Mai war sehr schlecht besucht. Es ist doch wahrhaftig beschämend für die hiesigen organisierten Porzellanarbeiter, eine derartige Laune und Interesslosigkeit an den Tag zu legen, insbesondere in einer Zeit, wo für die Kollegen so vieles auf dem Spiele steht. Da wird ratiert und geklagt, aber in die Versammlungen, wohin die Kollegen zu aller nächst gehören, um ihre Interessen vertreten zu können, da kommen sie nicht. Man sollte meinen, es ginge ihnen viel zu gut, drum brauchen sie keine Organisation. Kollegen, legt die Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit von euch ab, zeigt, daß ihr klassenbewußte, aufgestärkte Kollegen seid. Kommt vollzählig in die Zahlstellenversammlungen, tragt mit dazu bei, daß es auch in unserer Zahlstelle in jeder Beziehung vorwärts geht.

h. Leipzig. Die am 11. Mai abgehaltene Zahlstellenversammlung war wieder einmal, wie dieses sehr oft vorkommt, sehr schwach besucht. Es ist ein recht trauriges Bild, wenn von 42 Kollegen nur 7 in der Versammlung anwesend sind. Damit die Kollegen schließlich doch das Besondere der Zahlstellenversammlungen besser nach zu kommen, wurde beschlossen, daß es nicht mindestens zwei Versammlungen in einem Monat sein dürfen, sondern die Zahlstellenverwaltung bei etwaigen Besuchen an den Hauptvorstand ihre Fürsprache verweigern. Zugleich hat die Verwaltung beschlossen, jedes Quartal die sämtlichen Versammlungsbesucher zu veröffentlichen. Diejenigen Kollegen, welche mit ihren Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstand sind, werden ersucht, dieselben zu entrichten, da Stundung nur noch auf direktes Gesuch gewährt wird.

h. Schirnding. Die Zahlstellenversammlung am 13. Mai war wieder recht schlecht besucht. Von 88 Mitgliedern waren ganze 24 anwesend. Es ist wirklich ein trauriges Zeichen von der Interesslosigkeit der Kollegen. Daß es für die Zukunft so nicht weiter gehen kann, das muß jedem Mitglied bewußt werden. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ersuchte der Vorsitzende die Mitglieder, zur Ehrung unseres verstorbenen Genossen Heise sich von den Plätzen zu erheben. Zum Schriftführer wurde Genosse Franz Girsch gewählt. Der Kartellvorsitzende Genosse Wächter erstattete den Bericht von der Kartellkonferenz in Markredwitz und wies in seinen Ausführungen auf die Notwendigkeit des Kartells hin, wofür ihm die Versammlung reichen Beifall zollte und einstimmig beschloß, sich dem Arbeiterssekretariat Markredwitz anzuschließen. Als Delegierter wurde der Vorsitzende Hans Flügel gewählt. Sodann gab der Kassierer den Quartalsabschluß vom ersten Quartal bekannt, der von den Revisoren geprüft und von der Versammlung für gut befunden wurde. Unter Punkt Verschiedenes wurde zunächst beschlossen, gelegentlich ein Strzelewicz-Konzert zu arrangieren. Des weiteren wurde scharf das Denunziatenwesen getadelt.

Adressen-Änderungen

Elmsborn. Schf. Th. Kölsch, Peterstr. 11. — Kv. Leo Stiwert, Hainholz, Holzweg 31. — Kv. Oswald Merkel, Goethestr. 14.
Könitz. Bf. Viktor Triebiger, Dr. — Schf. Hugo Hartung, Ml. — Kff. Ernst Weiß, Dr.
Mannheim. Kv. G. Wenzel Marek, Dr. Mittelstr. 29.
Meuselwitz. Bf. Karl Paulke, Dr., Inselstr. 2. — Schf. Karl Burkart, Dr., Lössiusstr. 3.
Neuhaldensleben. Bf. K. Henseler, Ml., Calvörderstr. 20. — Kv. W. Herrmann, Ml., Warnsdorferstr. 8.
Rehau. Bf. Karl Brell, Untere Ludwigstr. 144 — Schf. Hans Rothe-
mund, Wischerstr. 264. — Kff. Anton Siegert, Wischerstr. 537. — Kv.
Michel Wendler, Fichtig 510, sämtl. Br.
Suhl. Kv. Gottlieb Schuch, Ml., Auf der Mauer 9.

	Versammlungs-Anzeigen	
--	------------------------------	--

Bonn. Sonnabend, 1. Juni, 8½ Uhr, im Volkshaus. Wahl eines Vorsitzenden.

Cortendorf. Sonntag, 9. Juni, nachm. 3 Uhr, in der „Neuen Welt“.

Düsseldorf. Gips- und Terrakottabranche, Sonnabend, 1. Juni, 8½ Uhr, bei Schmitz, Jahnstr. 84.

Gräfenhain. Sonnabend, 25. Mai, 8½ Uhr, im Gasthof zum Steiger.

Judenbach. Sonnabend, 25. Mai, 8½ Uhr, bei Peter Hammerschmidt.

Langenau. Sonnabend, 25. Mai, in der Stauchischen Gastwirtschaft.

Liegnitz. Sonnabend, 1. Juni, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Magdeburg. Sonnabend, 1. Juni, 8½ Uhr, bei Koppehl. Gründung einer Lokalfasse.

Markredwitz. Sonnabend, 1. Juni, 8 Uhr, in der neuen Restauration (Zeuß).

Oelde. Sonnabend, 1. Juni, 8½ Uhr bei Ww. Franz Wiegard.

Suhl. Sonnabend, 1. Juni, 8½ Uhr, in Dombergsaufricht. Vortrag des Gen. Weise über Alters-, Kranken- und Invalidenversicherung.

Zell a. H. Sonnabend, 25. Mai, 8½ Uhr, im „Bad. Hof“.

Anzeigen

Langenberg. Den durchreisenden Mitgliedern zur Kenntnis,
daß ich Unterstützung nur in meiner Wohnung
von 7 Uhr abends ab auszahle. Der Kassierer.

Mannheim. Die restierenden Mitglieder werden aufgefordert die ordentlichen Beiträge und Extrabeiträge sobald wie möglich zu erledigen. Der Kassierer.

Arbeitsgesuche u. Arbeits-
angebote kostenlos — **Arbeitsmarkt** —
Offerten-Beförderung nur
bei Porto-Gluzifikation

Drucker, gewandt in allen vorkommenden Arbeiten, auf Porzellan und Emaille, sucht sofort Stellung. Offerten an Reinhold Höland, Maler, Großbreitenbach.

Preis der 2 gespaltenen Zeitungskette 50 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
---	---------------------------	----------------------------------

Protokoll

geführt in der öffentlichen Sitzung des kgl. Schöffengerichts zu Wunsiedel am 8. Mai 1912. Gegenwärtig: 1. Der kgl. Amtsrichter Schöpf, 2. die Schöffen a) Müller, Peter, Steinhauer in Tröstau, b) Hohemmer, Rudolf, Bierbrauer in Wunsiedel, welche laut gesonderten Protokolles vom 31. Januar bezw. 14. Februar 1912 den vorgeschriebenen Eid eines Schöffenkollegiums abgelegt haben. Die Sache ist eine gerichtliche Streitigkeit zwischen dem Privatkläger, dem Arbeiterverband der christlichen Arbeiter in der Porzellanindustrie in Tröstau, gegen den Privatbeklagten, Dr. Hohl in Köln, gegen die Beklagten, Widmer, Hermann, Gewerkschaftsrat in Marktredwitz, Privatbeklagten, waren nach Aufruf der Sache die Parteien persönlich und Rechtsanwalt Knoll von Weiden, als Substitut des Klägervertreters Rechtsanwalt Dr. Hohl von Köln unter Uebergabe der Nachvollmacht erschienen. — Die vorgeladenen Zeugen sowie die vom Privatkläger mitgebrachte Anna Meyerl wurden aufgerufen. Hierauf kam zwischen den Parteien folgender Vergleich zustande: 1. Der Privatbeklagte erklärte, daß er seine in der Porzellanarbeiterversammlung in Marktredwitz am 1. März 1912 aufgestellte Behauptung, daß die Verbandsbeiträge der Mitglieder des christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbandes nur für die Angestellten dieses Verbandes ausreichen, nicht aufrecht erhalte, daß die Art und Weise der Zusammenfassung der Angestellten des Verbandes zu seiner damaligen Bezeichnung der Angestellten dieses Verbandes als „Familie Rechner“ nach Aufklärung des Privatklägers eine Grundlage nicht bildet und daß es ihm ferne gelegen sei, damals den Privatkläger persönlich oder in seiner Eigenschaft als Verbandsvorsitzenden zu beleidigen. 2. Der Privatbeklagte trägt die sämtlichen erwachsenen Kosten. 3. Der Privatbeklagte gestattete, daß der Vergleich in der „Ameise“ und in der „Fachgenossen“ binnen 14 Tagen je einmal auf seine Kosten veröffentlicht werde. 4. Auf Grund dieses Vergleichs nimmt Privatkläger seine Privatklage mit Strafantrag zurück. Nach geheimer Beratung z. z. x. Der kgl. Amtsrichter: gez. Schöpf. Der stellw. Gerichtsschreiber: gez. Gebhard. Zur Beglaubigung. Gerichtsschreiberei des kgl. Amtsgerichts Wunsiedel (R. G.) gez. Widmer, kgl. Obersekretär. Beglaubigt: Hohl, Rechtsanwalt.

geführt in der öffentlichen Sitzung des kgl. Schöffengerichts zu Wunsiedel am 8. Mai 1912. Gegenwärtig: 1. Der kgl. Amtsrichter Schöpf, 2. die Schöffen a) Müller, Peter, Steinhauer in Tröstau, b) Hohemmer, Rudolf, Bierbrauer in Wunsiedel, welche laut gesonderten Protokolles vom 31. Januar bezw. 14. Februar 1912 den vorgeschriebenen Eid eines Schöffengerichtes abgelegt haben. Der sachverstandliche Gerichtsschreiber Gebhard hat gemäß § 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Organisation des Strafsenats in Bayern vom 22. März 1906 (R. G. Bl. Nr. 10) die Verhandlung vor dem kgl. Senat Dr. Hohl in Köln, gegen Weiß, Michael, Gewerkschaftsführer in Marktredwitz, Privatbeklagten, waren nach Aufruf der Sache die Parteien persönlich und Rechtsanwalt Knoll von Weiden, als Substitut des Klägervertreters Rechtsanwalt Dr. Hohl von Köln unter Uebergabe der Nachvollmacht erschienen. — Die vorgeladenen Zeugen sowie die vom Privatkläger mitgebrachte Anna Meyerl wurden aufgerufen. Hierauf kam zwischen den Parteien folgender Vergleich zustande: 1. Der Privatbeteiligte erklärte, daß er seine in der Porzellanarbeiterversammlung in Arzberg am 1. März 1912 aufgestellte Behauptung, daß die Verbandsbeiträge der Mitglieder des Christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbandes nur für die Angestellten dieses Verbandes ausreichen, nicht aufrecht erhalte, daß die Art und Weise der Zusammensetzung der Angestellten des Verbandes zu seiner damaligen Bezeichnung der Angestellten dieses Verbandes als „Familie Rechner“ nach Aufklärung des Privatklägers eine Grundlage nicht bildet und daß es ihm ferne gelegen sei, damals den Privatkläger persönlich oder in seiner Eigenschaft als Verbandsvorsitzenden zu beleidigen. 2. Der Privatbeteiligte trägt die sämtlichen erwachsenen Kosten. 3. Der Privatbeteiligte gestattete, daß der Vergleich in der „Ameise“ und im „Fachgenossen“ binnen 14 Tagen je einmal auf seine Kosten veröffentlicht werde. 4. Auf Grund dieses Vergleichs nimmt Privatkläger seine Privatklage mit Strafantrag zurück. Nach geheimer Beratung r. x. x. Der kgl. Amtsrichter: gez. Schöpf. Der stellv. Gerichtsschreiber: gez. Gebhard. Zur Beglaubigung. Gerichtsschreiberei des kgl. Amtsgerichts Wunsiedel (R. G.) gez. Bidel, kgl. Obersekretär. Beglaubigt: Hohl, Rechtsanwalt.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldasche,
und sonstige goldhaltige Sachen kauft stets zu höchsten Preisen
bei pünktlicher und reeller Bedienung

Martin Kaufmann, Zwickau i. S., Bahnhofstr. 14.

Goldschmiedere, Goldflaschen und alle in der Bergolderei vor-
kommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller
Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

Goldabfälle jeder Art, Goldwatten, Lappen, usw. kauft zu den höchsten Preisen
Goldschmelze E. Necht, Berlin S., Sebastianstr. 76. Tel. Amt IV, 5279

Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen,
Asche, Flaschen usw., Stupfer, Pinsel, Paletten,
 nach dem Aufschmelzen das taufe jeden Posten und bezahle
 höchste Preise bei sofortiger Kassa und reeller Bedienung,
 Gramm Feingold mit 2,81 Mt.
 Großer Umsatz, daher höchste Preise.

m. Köhler, Dresden-H., Gerichtsstraße 8, 2 Tr.

Schriftliche Anerkennungen für reelle Bedienung.

Goldschmiere, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchst. Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eisenberg S.-H.** Ältestes Geschäft dieser Art. Bitte genau auf meine Firma zu achten!

**Gold- und Silberscheide-Anstalt von Max Haupt,
Dresden-A., Bönnischplatz 17**

• • Goldschmiere • •

sowie goldhaltige Münze, Lappen, Stupfer, Pinsel, Paletten, Näpfe, Glaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold mit 2,78 Mark angekauft. — Schnelle reelle Bedienung.

Goldschmiere

sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und zu den höchsten Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-H., Gneisenaustr. 6.

Zahle weil grossen Umsatz höchste Preise	Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle 	Edel- Metall- Schmelze Gegründet 1896
Sehr schnelle Bed. Osterwiesstrasse 32. Otto Seifert, Zwickau S.		

Edel-
Metall-
schmelze
egründet
1896

Otto Seifert, Zwickau S.

Im Kreis der Empfänger!
Wir machen vi dergest aufmerksa m, daß bei Be-
schwerden über zu wenig erhaltene „Anweisungen“ genau an zu
geben ist:

1. die gegenwärtige Zahl der Mitglieder in der
Zahlstelle.
2. der Grund, warum mehr Blätter verlangt werden,
als Mitglieder am Orte sind.

Bei Bestellungen auf die „Gleichheit“ müssen die Mitgliedsnummern der weiblichen Mitglieder und die Mitgliedsnummern der übrigen Familienmitglieder, so weit dieselben im Verband sind, angegeben werden.

Ohne diese Angaben werden keine Reflektionen berücksichtigt.

Sämtliche Zuschriften in diesen Angelegenheiten sind an den Kollegen Max Korn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3, zu richten. Die Expedition der „Ameise“.

Herausgeg. v. Verbands der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion und Verlag: Fritz Stiefel, Charlottenburg, Guerickestr. 48.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestraße 21.